



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-1984

12.03.1986 - Drucksache 11/594

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD**Berufschancen der Frauen im Lande Bremen**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft begrüßt, daß der Senat mit der in der Planung befindlichen Qualifizierungsoffensive seine zielgruppenorientierte Arbeitsmarktpolitik fortsetzen und verstärken wird und daß eine der Zielgruppen erwerbslose bzw. von Erwerbslosigkeit bedrohte Frauen ist.
2. Die Bremische Bürgerschaft nimmt zur Kenntnis, daß der Senat im Rahmen seiner ausbildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der Vergangenheit Frauen in Ausbildung und Beruf überproportional gefördert hat, und geht davon aus, daß er diese Politik fortsetzt.
3. Die Bremische Bürgerschaft nimmt davon Kenntnis, daß der Umfang dieser mit Drittmitteln finanzierten Maßnahmen im Laufe der vergangenen Jahre kontinuierlich gesteigert werden konnte. So stieg von 1984 auf 1985 die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 33,7 Prozent, die Zahl der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen um 14,2 Prozent und der Einsatz der Mittel des EG-Sozialfonds um 700 Prozent.
4. Die Bremische Bürgerschaft ist der Auffassung, daß die neue Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung keine positiven Beschäftigungseffekte für Frauen im Lande Bremen gebracht hat. Insbesondere die Aufweichung des Kündigungsschutzes durch das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz gefährdet den Bestand von Arbeitsverhältnissen gerade auch für erstmals oder erneut ins Berufsleben eintretende Frauen erheblich. Die zum 1. Januar 1986 in Kraft getretene Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes läßt die arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen, die alle Bundesländer gemeinsam in den Gesetzgebungsgang eingebracht hatten, zu erheblichen Teilen unberücksichtigt. Dagegen bewertet die Bremische Bürgerschaft die Ausweitung des Finanzvolumens der beitragsfinanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit positiv.
5. Die Bremische Bürgerschaft wendet sich dagegen, erwerbstätige Frauen in Teilzeitarbeitsverhältnissen hineinzudrängen. Sie ist der Auffassung, daß es der freien Entscheidung jeder Arbeitnehmerin — wie jeden Arbeitnehmers — überlassen sein muß, den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit selbst zu bestimmen.
6. Die Bremische Bürgerschaft stellt fest, daß die Bundesregierung ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für den Arbeitsmarkt generell und insbesondere für in Strukturkrisen befindliche Regionen nicht gerecht wird; dadurch mindert sie in erheblichem Maße die Berufschancen der Frauen im Lande Bremen.

Beckmeyer, Kunick und Fraktion der SPD

